

„Kirche in der Arbeitswelt und Stimme der Arbeitnehmer/innen in der Kirche“

Aktion Sozialwort Solidarität
Mensch in der Mitte Nachhaltigkeit Personalität Gemeinwohl Europa
Frauen

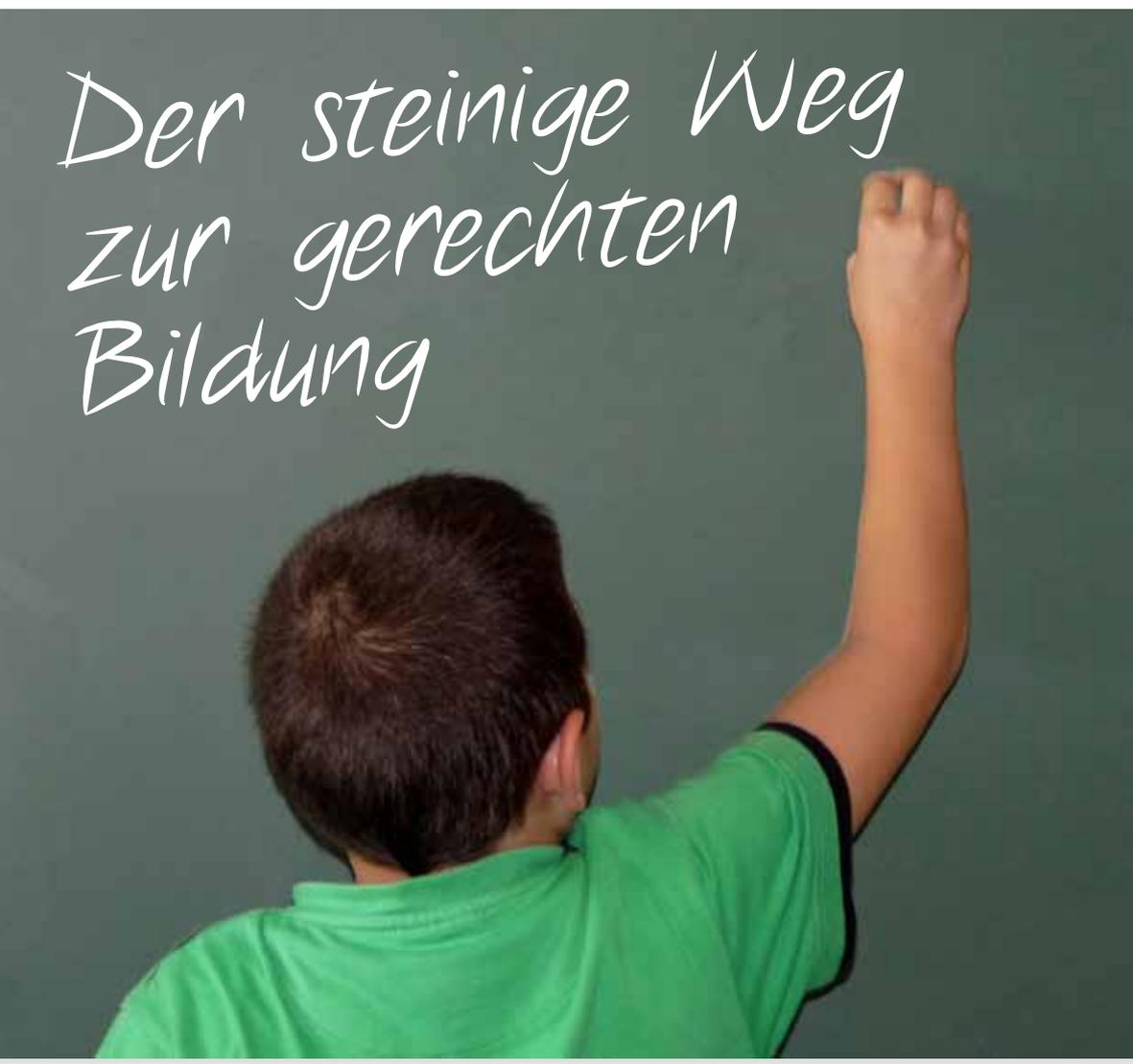
KAB

Zeit Zeichen

Magazin für Kirche und Arbeitswelt

International Gesellschaftspolitik Sonntag BILDUNG
„Die ersten und unmittelbaren Apostel der Arbeiter müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst sein“ (Joseph Cardijn)
Kirche

März
Nr. 1/2011



Widerstand gegen Bettelverbote: „Nicht Arme, sondern Armut bekämpfen.“ S.16



Das „Aufbrechen von Rollenmustern“ fordern die KAB-Frauen. Demo am 19.3. S.11



13./14. Mai: Auf nach Altenburg & Horn: 60 Jahre KABÖ, 120 Jahre Soziallehre S.9

Stolpersteine, Ängste & Mythen, Bildungsvolksbegehren

Stolpersteine auf dem Weg zur gerechten Schule



Die Arbeitsgruppe Bildung der Katholischen Aktion fordert eine neue, gerechte Schule.

Gerald Faschingeder beschreibt einige strukturelle Stolpersteine, die eine umfassende Reform verhindern und er skizziert die Vorschläge der Arbeitsgruppe.

Die Ausbildung der LehrerInnen

AHS-LehrerInnen werden in Österreich an den Universitäten im Rahmen eines 9-semesterigen Studiums sowie eines einjährigen Unterrichtspraktikums ausgebildet. Volks- und HauptschullehrerInnen werden an den Pädagogischen Hochschulen (6 Semester) ausgebildet. Damit gibt es eine getrennte Ausbildung für jenes Lehrpersonal, das später in den zwei Schultypen 10-14jährige SchülerInnen unterrichtet. Das führt nicht nur dazu, dass getrennte soziale Welten entstehen, sondern ist auch teuer. Eine nur drei Jahre dauernde Ausbildung für das Lehrpersonal der Sekundarstufe kann

nicht das heute nötige Ausmaß an fachlichen, fachdidaktischen, pädagogischen und schulpraktischen Fähigkeiten vermitteln.

„Pädagogische Ausbildung muss aufgewertet werden. Nur Ausbildungsinstitutionen, die Forschung betreiben, können auch die geforderte Qualität bieten.“

Wir schlagen eine gemeinsame Ausbildung für alle LehrerInnen der Sekundarstufe vor. Diese Ausbildung muss in allen vier Bereichen – Fach, Fachdidaktik, Pädagogik, Schulpraxis – hohe Qualität aufweisen und den letzten Stand der Forschung berücksichtigen. Dazu sind nur Ausbildungsinstitutionen in der Lage, die in allen vier Bereichen auch Forschung betreiben. Die Ausbildung der VolksschullehrerInnen soll weiterhin an Pädagogischen Hochschulen geschehen, mittelfristig soll dort auch die Ausbildung der Kindergarten-PädagogInnen angesiedelt werden.

Die Besoldung der LehrerInnen

Unter AHS-LehrerInnen gibt es die Sorgen, dass eine gemeinsame Schule für sie eine Reduzierung der Gehälter bringen könnte. Da nun eine Pensionierungswelle ansteht, gibt es eine einmalige Chance, JunglehrerInnen aus dem Pflichtschulbereich mehr zu zahlen, ohne dass man AHS-Lehrkräften weniger zahlen müsste. Die Gehaltskurve beider Gruppen muss, bei gleichbleibender Lebenslohnsomme, in der Folge flacher werden, damit es nicht später zur Kostenexplosion kommt.

Die Etablierung einer gemeinsamen Ausbildung erleichtert einen solchen Umstieg. In weiterer Folge müssen aber auch die Verdienste im Kindergartenbereich angehoben werden. Gute Bildung muss unserem Land etwas wert sein. Pädagogische Berufe müssen generell eine gesellschaftliche Aufwertung erfahren!

Bildung muss Bundessache werden!

In Österreich sind für sehr ähnliche Kompetenzen unterschiedliche Verwaltungsebenen zuständig: Der Bund sorgt sich um die AHS, die Länder um die Pflichtschule. Es gibt in Österreich „rote“ und „schwarze“ Schulen; über deren Besetzung mit DirektorInnen entscheiden Landesschulräte, damit de facto die Landeshauptleute. Verständlich, dass diese nicht gerne auf diese Einflussphäre verzichten wollen. Doch dies ist weder demokratisch, noch dient es den SchülerInnen-Interessen.

Eine effektive Verwaltung braucht ohnehin genügend dezentrale Einrichtungen in den Ländern, sodass Sorgen um Stellen in den Ländern unberechtigt sind. Aber es braucht endlich Strukturen für eine Bildungspolitik, die auch Politik und nicht nur Stimmung machen kann.

Das Beispiel der wenig überzeugenden Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung zeigt, dass Reformen wirkungslos bleiben, wenn sie neunfach in Landeskompetenzen aufgeteilt werden.

Forderungen der Kirchen

Aus dem Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen

Räume für Integration

Die Kirchen fördern in ihren eigenen Schulen ...Kinder und Jugendliche aller Schichten und Herkunftsländer ... und bieten einen Raum zur Integration von Menschen mit Behinderungen. (33)

Bildung ist keine Ware

Bildungspolitische Maßnahmen müssen sich an einem umfassenden Bildungsbegriff orientieren und nicht nur an der ökonomischen Verwertbarkeit. Soziales Lernen muss als gleichberechtigtes Ziel anerkannt werden. (38)

Bildung als Menschenrecht

Es muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schulen, Universitäten und sonstigen öffentlichen Bildungseinrichtungen für Angehörige aller Schichten offen bleibt. (39) Die Schaffung von Lehrstellen in den Betrieben und Einrichtungen der Lehrlingsausbildung bedürfen besonderer Förderung. (40)

Globales Lernen

Um weltweite Zusammenhänge zu erkennen ... sind interkulturelles Lernen, Friedenserziehung, Fragen der sozialen und der Geschlechter-Gerechtigkeit sowie politische und wirtschaftliche Alphabetisierung wichtig. (42)

Die „inklusive Schule“

Im Frühjahr 2009 hat die Katholische Aktion Österreich (KAÖ) ihr Konzept für eine gerechte Schule präsentiert: In der „Inklusiven Schule“ sollen Kinder aller sozialen Schichten, Religionen, Herkunftsregionen, Menschen mit Behinderung und solche ohne gemeinsam und voneinander lernen.

Eine Schulreform braucht Verbesserungen im Unterricht selbst: Der starre 50-Minuten-Takt ist ebenso in Frage zu stellen wie der überkommene Fächerkanon und das fragwürdige Notensystem. Die Abschaffung der absurden Trennung zwischen Allgemeinbildenden Höheren Schulen und Hauptschulen bzw. Kooperativen Mittelschulen ist eine notwendige Voraussetzung für die dringend nötige Reform der Sekundarstufe I.

**Weitere Informationen:**

www.kaoe.at

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen

www.sozialwort.at

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

„Soziallehre braucht Bewegung“ so lautet der Titel der Festrede zum Jubiläum „120 Jahre Katholische Soziallehre“. Dieser Anlass wird gleich zwei Tage lang gefeiert: Am 13. und 14. Mai. Denn gleichzeitig blickt auch die „KABÖ 60 Jahre“ zurück und nach vor; ebenso feiert die Verleihung der „Papst-Leo“-Preise 25 Jahre! Einen kleinen Beitrag zu dieser

„Bewegung“ wollen auch wir hier mit unserem Magazin leisten. Wir haben versucht, ein wenig mehr „Bewegung“ ins Layout zu bringen. Herzlichen Dank sagen wir dafür an unsere Grafikerin Johanna Sofaly und an Marcel

Kneuer, der auch die Interviews und Fotos für die neue Serie „Mensch & Arbeit“ auf der letzten Seite beiträgt.

„Veränderungen brauchen einen langen Atem“ - das Motto der 60-Jahr-Feier am 13. Mai - gilt wohl auch unserem Hauptthema „Gerechte Bildung“.

„Solidarität in Bedrängnis“

heißt das Thema des Referats beim Studienteil zum 60-Jahr-Jubiläum der KAB am 14. Mai im Stift Altenburg. Einen Aspekt davon, beleuchten wir in dieser Ausgabe näher: Die generellen Bettelverbots-Gesetze. Die Katholische

Aktion Österreichs hat sich bei ihrer Bundeskonferenz dagegen ausgesprochen: Die KAÖ fordert hingegen länderübergreifende Maßnahmen, um die Lebenssituation von Menschen zu verbessern, sodass sie nicht zum Betteln gezwungen sind. Es kann nicht sein, dass jemand der keine Arbeit hat, auf sich selbst gestellt ist.

Ich wünsche Ihnen viele Inspirationen beim Lesen und freu mich, wenn wir uns am 13./14. Mai sehen!

Chefredakteur Christoph Watz

Ängste und Mythen, die eine Schulreform verhindern

Eine „inklusive Schule“ ist etwas Neues und noch Unbekanntes und löst dadurch Sorgen aus. Auch diese müssen ernst genommen werden. Leider werden diese Sorgen und Ängste von Seiten bestimmter Interessensgruppen geschürt. Die Arbeitsgruppe Bildung der KAÖ versucht diesen Ängsten mit sachlichen Informationen gerecht zu werden.

Die Angst vor dem „Einheitsbrei“

Oft wird als Argument gegen eine gemeinsame Schule vorgebracht, dass dort ein „Einheitsbrei gekocht“ werde. Die Individualität der SchülerInnen werden nicht geachtet, unterschiedliche Begabungen nicht wahrgenommen, daher sei die Trennung in AHS und Hauptschule (bzw. KMS) nötig.

Der Irrtum besteht darin anzunehmen, dass das derzeitige Schulsystem differenziere. Es teilt die Schulpopulation einfach durch zwei; wer dies für eine wirksame Differenzierung hält, ist sehr bescheiden. Die Zuweisung der SchülerInnen auf die beiden Schultypen erfolgt vorwiegend nach sozialen Kriterien: Je ärmer das Elternhaus, desto eher besuchen die Kinder die Hauptschule, je wohlhabender, desto eher die AHS. Die Differenzierung nach Begabung und Interessen gibt es nicht in Österreich; hier handelt es sich um einen Mythos, der sich hartnäckig hält!

Eine wirkliche und pädagogisch sinnvolle Differenzierung, muss innerhalb der Schule stattfinden, nicht zwischen den einzelnen Schulen. Es braucht dort eine gute individuelle Förderung. Auch Hochbegabte brauchen eine spezielle Förderung. Die „Inklusive Schule“, die von der KAÖ vorgeschlagen wird, betrachtet Verschiedenheit als normal. Dabei ist es selbstverständlich, diese Verschiedenheit mit guter individueller Differenzierung zu fördern.

Der Mythos: „Eine gute Schule brauche homogene Klassen“

Viele Eltern wünschen sich für ihre Kinder SchulkollegInnen, die möglichst ähnlich sind. Auch Lehrkräfte sind oft besorgt, dass schon jetzt die SchülerInnen zu unterschiedlich seien, um gut unterrichten zu können.

Doch jeder Mensch ist nun einmal ein Individuum, und das ist auch gut so. Homogene Klassen gibt es eigentlich nirgendwo, sie sind ein Mythos. Eine gewisse Unterschiedlichkeit gibt es in jeder Klasse, sonst wäre das Unterrichten dort ja so langweilig wie auf einem Kasernenhof. Die Volksschulen allgemein, besonders aber die Mehrstufen-Klassen in den Volksschulen sind heterogen. Und gerade diese sind so beliebt, dass dort kaum freie Plätze zu haben sind.

Die Angst vor den MigrantInnen

Die Diskussion muss hier differenzierter werden: Nicht alle Kinder mit Migrationshintergrund können schlecht deutsch. Nicht alle Kinder, die schlecht deutsch können und schlechte schulische Ergebnisse haben, sind MigrantInnen.

21,5% der 15/16jährigen gehören zur Lese-Risikogruppe. Aber nur 13% dieser Altersgruppe sind MigrantInnen, und nicht alle von ihnen gehören zu dieser Risiko-Gruppe. Daraus folgt: Es gibt viele



Die KAÖ fordert eine „inklusive Schule“. Homogene Klassen gibt es eigentlich nirgendwo. Die „inklusive Schule“ sieht Heterogenität („Verschiedenheit“) als Realität und nutzt sie als Chance. In diesen Klassen lernen SchülerInnen voneinander.

nicht-migrantische SchülerInnen mit extrem schwacher Leseleistung; sie stellen 75% dieser Gruppe. Das ist die Realität.

Als problematisch werden Kinder aus sogenannten „bildungsfernen“ Schichten erlebt. Laut allen Studien handelt es sich hier um Kinder aus Haushalten mit unterdurchschnittlichem Einkommen, schlechter Wohnsituation und hohem Risiko der Eltern, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Die „Ausländer-Frage“ ist eigentlich eine soziale Frage.

Viele Lehrkräfte bestätigen, dass die Frage, welche Muttersprache Kinder zuhause sprechen, nicht die eigentliche Trennlinie im Klassenzimmer darstellt. Viele Kinder lernen Deutsch als Zweitsprache sehr erfolgreich, wenn sie im Mutterspracherwerb ausreichend gefördert werden. Darauf kommt es wesentlich an.

Wir sollten uns langsam die Frage stellen, wer denn die Bevölkerung Österreichs ausmacht: Wollen wir ernsthaft so tun, als würde ein Sechstel der Bevölkerung nicht dazu gehören? Oder als würde in Wien ein Drittel der dort lebenden und arbeitenden Menschen nur Gäste sein, die sich bald wieder verabschieden?

Gerald Faschingeder

Bildung oder Ausbildung?

Bildung ist etwas, das Menschen mit sich und für sich machen: Man bildet sich. Bildung beginnt mit Neugierde. Ausbilden können uns andere, bilden kann sich jede und jeder nur selbst.

Bildungs- volksbegehren

Positives Echo bei Kirchenvertretern

Das vom Industriellen und Ex-Vizekanzler Hannes Androsch für Herbst geplante Bildungsvolksbegehren wird in kirchlichen Organisationen großteils positiv aufgenommen. Die Kathpress befragte Diakonie, Kath. Jugend, die Katholischen Elternvereine und die Kath. Aktion.

Diakonie: „Bildungsinstitution“ Kindergarten

Diakonie-Direktor Michael Chalupka nannte als wesentlichsten Punkt im Papier die Forderung nach einer Schule ohne parteipolitische Einflussnahme: An diesem Punkt ist in den vergangenen 30 Jahren „vieles gescheitert“, hier seien „viele Blockaden zu überwinden“, so Chalupka im „Kathpress“-Gespräch. Besonders hob Chalupka auch die Gleichstellung von Kindergärten und Schulen hervor: Es ist erfreulich, dass der Kindergarten als „Bildungsinstitution“ und nicht nur als eine Art „Vorform“ für die Vorbereitung auf die Schule wahrgenommen wird. Weiters erfreulich ist die Forderung nach einem Bildungssystem, das einzelne Fähigkeiten und Talente unterstützt und individuell fördert und fordert. Die Forderung nach Ganztageschulen ist „für die Diakonie eine Selbstverständlichkeit“.

KJÖ: „Schüler aktiv einbinden – gerade bei Ganztageschulen“

Die Katholische Jugend Österreich (KJÖ) unterstützt z. B. die Forderung nach Abschaffung des Sitzenbleibens sowie die flächendeckende Einführung von Ganztageschulen: „In diesem Zusammenhang vermissen wir jedoch die Sicht der Jugendlichen, wie z.B. die Schaffung von schülerfreundlichen, kreativitätsfördernden Schulgebäuden, die aus Schulen einen echten Lebensraum machen“, erklärte KJÖ-Vorsitzender Matthias Zauner.

„Auch wird die Partizipation von Schülern im Schulalltag, die extrem wichtig für die aktive Beteiligung am Unterricht ist, mit keinem Wort erwähnt“, kritisierte Zauner. Der Weg zu besseren Lernerfolgen führt immer auch über die Eigenmotivation der Kinder: „Hier ist ein Schulsystem gefordert, das Schüler aktiv einbindet.“ Die KJÖ spricht sich für einen freien Hochschulzugang aus, dieser fehlt im Volksbegehren.

Elternvereine: 50-Minuten-Korsett aufbrechen

Stefan Mandahus, Präsident des Hauptverbands Katholischer Elternvereine Österreichs: „Die Entbürokratisierung

und Entpolitisierung der Schulen waren für uns ein großer Schwerpunkt“, auch die Abschaffung der Kollegien der Landesschulräte ist erfreulicherweise in das Volksbegehren eingeflossen.

Das „Korsett für 50-Minuten-Stunden“ soll „gesprengt“ werden und die Forderung nach einer Überarbeitung des Fächerkanons ist ebenfalls im Bildungsvolksbegehren zu finden, zeigte sich Mandahus erfreut. Kritisch hingegen beachtete Mandahus z. B. die Punkte Abschaffung des Sitzenbleibens und das flächendeckende Angebot an Ganztageschulen.

KAÖ: „Bildung ist nicht nur Wirtschaftsfaktor“

Als eine „grundsätzliche gute Sache“, die aber „in manchem zu wenig weit geht“, bezeichnete die Präsidentin der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ), Luitgard Derschmidt, das Bildungsvolksbegehren. Sie bedauerte vor allem das fehlende klare Bekenntnis zu einer „gemeinsamen Schule mit innerer Differenzierung“. Und es steht im Volksbegehrens-Text die „Wirtschaftlichkeit von Bildung“ zu sehr im Vordergrund: „Bildung ist natürlich wichtig für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, aber Bildung ist auch etwas subjektiv Wichtiges, das darüber hinausgeht“.

Die KAÖ unterstützt das Bildungsvolksbegehren

Für die Einleitung braucht es mindestens 8.032 Unterstützungserklärungen. Das Unterstützungsformular finden Sie auf der Homepage www.vbbi.at

Mit dieser Unterstützungserklärung gehen Sie dann zu Ihrer Hauptwohnsitz-Gemeinde und leisten dort die Unterschrift. Gültig ist eine Unterstützungserklärung dann, der bzw. die Unterstützungswillige in die Wählerevidenz der Gemeinde eingetragen ist, das 16. Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.



LINK

Volksbegehren Bildungsinitiative

Schottenring 17 / Stiege 1 / 5. Stock, 1010 Wien

Tel.: 01/3100740, E-Mail: office@vbbi.at

Ich habe gehört, ihr wollt nichts lernen...

Mag. Hans Gruber
Betriebspfarrer em.



Es ist schon ein Elend. Da können die jungen ÖsterreicherInnen so gut Ski fahren, aber lesen können sie nicht. Siege und Medaillen können den dunklen Pisa-Fleck nicht ganz zudecken. Und so ist die Nation in Aufruhr. Sogar ein altersgrauer Finanzminister sorgt sich um die Jugend und meint, das ganze Volk müsste bessere Bildung „begehren“.

In der allgemeinen Bildungseuphorie muss aber doch die Frage gestellt werden, ob es überhaupt notwendig ist, soviel zu lernen.

Bertolt Brecht fragt sich das in einem Gedicht:

*„Ich habe gehört, ihr wollt nichts lernen.
Daraus entnehme ich: ihr seid Millionäre.
Eure Zukunft ist gesichert -
sie liegt vor euch im Licht.
Eure Eltern haben für euch gesorgt,
dass eure Füße an keinen Stein stoßen.
Da musst du nichts lernen.
So wie du bist, kannst du bleiben (...)
Wo so viele für dich sind,
brauchst du keine Finger rühren.
Freilich, wenn es anders wäre,
müsstest du lernen“.*

Brecht trifft eine interessante Unterscheidung. Die Millionäre hätten es weniger nötig zu lernen. In der Praxis erfahren wir allerdings das Gegenteil. Die Millionäre schicken ihre Kinder in Eliteschulen und die unteren Millionen im Land, die es nötig hätten zu lernen, die tun es nicht, oder sie werden daran gehindert es zu tun. Ja dann, ja dann muss etwas geschehen!

Bedachtnahme Jesu

Bevor wir uns aber in blinder Betriebsamkeit in Bildungsprojekte stürzen, sollten wir noch eine Überlegung Jesu bedenken. Er unterscheidet nämlich zwischen dem Sehen und Hören und dem Verstehen der Sache:

„Da kamen die Jünger zu ihm und sagten: Warum redest du in Gleichnissen? Und Er: Deshalb rede ich zu ihnen in Gleichnissen, weil sie sehen und doch nicht sehen, weil sie hören und doch nicht hören und nichts verstehen.“ (Mt 13)

Nach einer Nachhilfe-Einheit Jesu für seine Jüngern sagt er etwas resigniert: „Versteht ihr denn immer noch nicht?“ (Mk 8)

Den Einwand Jesu sollten wir schon bedenken. Sehen und hören, sagt er, genügt nicht, man muss die Fakten richtig einordnen können. Ja, genau, auf das Einordnen kommt es an. Da sehen Tausende im Fernsehen dieselben Bilder und die einen sagen „Recht geschieht ihnen!“ und die anderen sagen, „So kann es nicht weiter gehen“!

Das Einordnen hat man in der KAJ das „Urteilen“ genannt. Urteilen kann man nur, wenn man einen Standpunkt hat. Der Standpunkt aber hängt mit Erfahrungen, mit Einsichten und mit Überzeugungen zusammen. Nicht unbedeutend ist auch der Standort. Ob man eine Sache von oben oder von unten sieht, ändert das Urteil beträchtlich.

Wo sind deine Freunde?

Eine recht einfache, brauchbare Hilfe für die Beurteilung der Lage gab uns Dorothee Sölle. Sie sagte: „Wer seine Freunde bei den Armen hat, möchte, dass sich die Welt ändert. Wer seine Freunde bei den Reichen hat, möchte, dass alles bleibt, wie es ist!“

So einfach kann eine Regel zur Beurteilung sein. Man kann die Bibel von vorne und hinten lesen, wenn man keinen Standpunkt hat, wird Jesus auch uns resigniert fragen: „Versteht ihr denn immer noch nicht?!“

Hans Gruber

Wohnungen in Wien für Familien, Studierende, Arbeitnehmer/innen...

TIPP



Der katholische Arbeiterverein auf der Landstraße bietet Zimmer im neu renovierten Wohnheim „Kardinal Innitzer“, Göllnergasse 2-4, 1030 Wien an. Außerdem werden im Wohnhaus, Göllnergasse 8, 14 Miet-Wohnungen angeboten.

Das Wohnheim bietet mit 67 Betten, Arbeitnehmer/innen und Studierenden ein zweites Zuhause. Verkehrsgünstig gelegen, ist das Heim sowohl von der Autobahn, als auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln (U3 Kardinal-Nagl-Platz) zum Zentrum bestens angebunden. Für die „Standardzimmer“ (1-Bett € 282, 2-Bett € 227) gibt es eine Gemeinschaftsküche im Untergeschoß des Hauses. „Komfortzimmern“ sind mit Badezimmer, Dusche, Toilette und einer Kochnische ausgestattet. (1-Bett € 320, 2-Bett: € 277,-)

Wohnhaus Göllnergasse 8

Das „Wohnhaus“ bietet 14 komplette Wohnungen (von ca. 49 m², 81 m², bzw. 93 m²). Dieses Wohnhaus gehört zum Heim „Kardinal Innitzer“. Es werden hier Wohnungen für Familien, Studierende, Arbeitnehmer/innen, ... vermietet. Das Nutzungsentgelt beträgt etwa € 12,- pro Quadratmeter/Monat inklusive Betriebskosten, Strom und Heizung.

Weitere Informationen erhalten Sie bei Verwalter James Petschinger, Göllnergasse 2-4, 1030 Wien, Tel: 01/713 52 58, k-a-w@chello.at, www.heimwohnen.at

120 Jahre Kath. Soziallehre 60 Jahre KABÖ

25 Jahre Papst Leo-Stiftung



Papst Leo XIII. verfasste in seiner Zeit als Papst (1878 bis 1903) nicht weniger als 86 Enzykliken. Als epochal und als „Mutter aller Sozialenzykliken“ gilt seine am 15. Mai 1891 veröffentlichte Enzyklika Rerum Novarum, die Leo XIII. als den „Arbeiterpapst“ in die Papstgeschichte eingehen ließ.

„Christliche Arbeitervereine“

Auf Grundlage der Sozialenzyklika „Rerum novarum“ 1891 entstand weltweit eine Vielzahl von regionalen und lokalen Initiativen. In Österreich bewirkte sie unter anderem die Gründung von Christlichen Arbeitervereinen. Einer davon wurde 1906 in Horn gegründet, der zwei Jahre später unter großen finanziellen Anstrengungen ein Kath. Vereinshaus errichtete. Genau wegen dieses Gebäudekomplexes besteht aufgrund der statutarischen Verquickung dieser Verein auch heute noch, obwohl die Kath. Arbeitervereine aufgrund eines Beschlusses der österreichischen Bischofskonferenz nach 1945 nicht wieder errichtet wurden.

25 Jahre Papst-Leo-Stiftung

1985 sah sich der Verein gezwungen, den Gebäudekomplex zu verkaufen. Der Großteil der Kaufsumme diente der Abdeckung von Schulden. Der verbleibende Rest sollte aufgrund einer Idee von

Pfarrer P. Robert Bösner als Grundkapital für eine zu gründende Papst-Leo-Stiftung verwendet werden: Aus den Zinsen sollten Preise für besondere Verdienste um die

kath. Soziallehre ausgelotet werden. Auf diese Weise sollte die einstige Intention, die Kath. Soziallehre zu fördern, weiterleben.

Am 1. 8. 1985 – also vor über 25 Jahren – wurde die Stiftung durch Bischof Franz Žak genehmigt und erlangte staatliche Rechtspersönlichkeit. Seit 1987 werden nach öffentlicher Ausschreibung in zweijährigem Abstand zwei „Papst-Leo-Preise“ vergeben. Von Anfang an wurde das Stiftungs-Kuratorium von der Vielzahl an Einreichungen überrascht. Das macht es nicht leicht, die Preisträger in geheimer Abstimmung auszuwählen. Der Preis ist derzeit zwar nur mit 1.800 Euro dotiert, will aber vorrangig eine öffentliche Anerkennung sein – auch als Ansporn zur Nachahmung.

In der nächsten Ausgabe bringt Roman Fröhlich, Administrator der Papst-Leo-Stiftung, einen Einblick in die vielseitigen der PreisträgerInnen der letzten 25 Jahre.

EINLADUNG

Die heurige Verleihung der Papst Leo Stiftung findet im Rahmen des Festaktes 60 Jahre KABÖ statt - siehe Seite 9.

„Soziallehre braucht Bewegung“

Unter dem Motto „Soziallehre braucht Bewegung“ erinnert das neue ksoe-Dossier (04/2011) an die erste Sozialenzyklika „Rerum novarum“ von 1891.

Das neue Dossier der Kath. Sozialakademie Österreichs erinnert an die Themen der ersten Sozialenzyklika (Arbeit, Eigentum, Staat,...) und fragt nach deren Aktualität. Das Dossier präsentiert „Orte“, an denen die Kath. Soziallehre in die Praxis umgesetzt wird. Aufgrund der Jubiläen „60 Jahre KAB“ und „25 Jahre Papst Leo-Stiftung“ sind diesen beiden Organisationen eigene Beiträge gewidmet.

Gratis bestellen:

zeit/zeichen-LeserInnen erhalten das Soziallehre-Dossier (04/2011) der ksoe + gratis dazu die drei folgenden Ausgaben der „Nachrichten und Stellungnahmen der Kath. Sozialakademie Österreichs“ (unverbindlich, automatisches Ende); Bestellung bis spätestens 4.4.2011 an abo@ksoe.at oder Tel: 01-310 51 59.

ksoe - Dossier

Kostenlos für ZeitZeichen-LeserInnen

anlässlich 120 Jahre Katholische Soziallehre - 60 Jahre KAB - 25 Jahre Papst Leo-Stiftung (Erscheinungstermin Ende April 2011)



Weiters ist bei der ksoe erhältlich: Das Dossier „Baustelle: Soziallehre“ (10/2008). Dieses kostet Euro 3,- plus Porto. Nähere Informationen und Bestellung: www.ksoe.at oder Tel: 01-310 51 59.

Liebe FreundInnen!

Einladung zum Leben

Mitte Mai werden wir heuer nach Horn zum Feiern eingeladen. Die Feier steht für mich, als Zeichen von lebendiger Kirche. Es wird 120 Jahre katholische Soziallehre, 60 Jahre KABÖ und 25 Jahre Papst Leo Stiftung gefeiert.

Ich sehe in dieser Feier, die Möglichkeit unsere Arbeitsweise SEHEN – URTEILEN – HANDELN – FEIERN wieder einmal ins Scheinwerferlicht der Kirche zu rücken.

Dieses Mal konzentrieren wir uns auf den vierten Schritt unseres Auftrages, nämlich das Feiern. Ich meine, dass das Feiern schon manchmal zu kurz kommt, in unserem oft so dicht gedrängten Leben. Es gibt uns aber auch mal wieder die Gelegenheit Rückschau zu halten, was in den letzten Jahren alles passiert und geschehen ist. Wir dürfen dabei aber nicht auf das Zukünftige vergessen. Denn nur wo Visionen gesponnen und womöglich verwirklicht werden, kann es auch eine Vergangenheit geben.

Ich denke, dass wir mit einem respektvollen Blick in die Vergangenheit, mit einem verwurzeltem Stand (bzw. Sitz) in der Gegenwart und mit einem visionärem Blick in die Zukunft, wir unser Leben gut und leichter bewältigen können, anstatt auf der Stelle zu treten.

Einladung zum Leben, habe ich als Überschrift dieser Zeilen gewählt. Was heißt überhaupt „Leben“. Viele Menschen verschieben das Leben immer nach hinten. „Das mache ich morgen, nächste Woche, nächstes Jahr oder gar wenn ich in der Pension bin, ...“, heißt es da oft. Ich meine, eine mögliche Definition von Leben könnte so lauten: **„Leben ist das, was passiert, während andere darauf warten.“** Daher meine Einladung an alle sich am Leben zu beteiligen, und das Leben nicht an sich vorbei ziehen zu lassen. Mich würde es sehr freuen, wenn ich an diesem Wochenende im Mai viele neue Gesichter und Menschen kennen lernen kann.



Reinhold Grausam
Vorsitzender Katholischen
Arbeiterinnenbewegung
Österreichs

Ich bin jetzt schon mehr als ein Jahr Vorsitzender der KABÖ und habe bis jetzt vor allem mit Hauptamtlichen bei den verschiedenen Sitzungen zusammengearbeitet.

„Christliche Soziallehre, in die Tat umsetzen“

Bei der Feier in Horn gibt es nun die Möglichkeit für Ehrenamtliche, sich wieder zu einem intensiven Gedankenaustausch zu treffen. Die KAB ist getragen von Ehrenamtlichen und deren Engagement. Bischof Aichern hat uns vor ca. 10 Jahren ermutigt in unserem Arbeiten und Tun. Zum Grundsatzprogramm der KAB schreibt er: „Ich möchte euch bestärken, dass ihr KAB-ler und KAB-lerinnen als Kirche in der Arbeitswelt und als Stimme der Arbeitnehmerschaft in der Kirche mithelft, die Prinzipien der christlichen Soziallehre, in die Tat umzusetzen, dass ihr beiträgt, dass unsere Welt nicht kälter und unpersönlicher wird, sondern dass der Plan und die Liebe Gottes immer mehr Verwirklichung finden.“

Ich kann mich diesen Worten nur anschließen. „Der Plan Gottes“ - wenn wir denn nur kennen würden! Aber Gottes Plan, oder dieses Geheimnis, das wir Gott nennen, denke ich, wird für uns ein ewiges Rätsel bleiben. Doch wir können uns an diesem Plan beteiligen, indem wir unser Leben nicht an uns vorbeiziehen lassen: Wenn wir uns einmischen, wo wir sehen, dass Menschen benachteiligt werden.

Somit lade ich hiermit nochmals ein, das „Leben auch zu leben“ und es mit anderen zu teilen.

Auf ein Wiedersehen oder auf eine erste Begegnung mit dir in Horn freut sich

Reinhold Grausam

Allianz für den freien Sonntag

Eine Auswahl von 12 Karikatur-Blättern aus dem Wochenkalender 2011 der Allianz für den Freien Sonntag kann für Ausstellungen unter Sonntag@ksoe.at angefordert werden, bzw. unter 01-310 51 59 -75.

Diese Sammlung wird an verschiedenen Orten in Österreich zu sehen sein. Ausgewählte Karikaturen zum kostenfreien Abdruck gibt es auch auf www.freiersonntag.at!



Einladung: 60 Jahre KABÖ

> „Veränderungen brauchen einen langen Atem“ in Horn (NÖ)

Festakt 13. Mai 2011

Freitag, 13. 5. 2011, 19.00 Uhr Vereinshaus Horn

- **Begrüßung:** Abt Christian Haidinger (Stift Altenburg, Vorsitzender der Papst-Leo-Stiftung), **Moderation:** Christine Haiden (Chefredakteurin Welt der Frau).
- **Soziallehre in Bewegung**
Festrede zu « 120 Jahre Kath. Soziallehre: Alois Riedlsperger (Leiter der Katholischen Sozialakademie Österreich)
- **KAB der Zukunft – Zukunft der KAB**
Kurzfilm und Interviews zu 60 Jahre KABÖ mit Reinhard Grausam (Bundesvorsitzender der KABÖ)
- **Papst-Leo-Stiftung:**
Preisverleihung durch Diözesanbischof Klaus Küng, Interviews mit den Preisträger/innen.



> „Solidarität in Bedrängnis“ im Stift Altenburg bei Horn

Studententag 14. Mai 2011

Samstag, 14. 5. 2011, von 9.00 bis 15.30 Uhr

- **Referat „Solidarität in Bedrängnis“:**
Dr. Markus Schlagnitweit (Theologe und Sozialwissenschaftler)
- **Gesprächsgruppen zu verschiedenen aktuellen Themen:**
Solidarität, Asyl-Recht, (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Globale Verantwortung, Armut in Österreich, Altersvorsorge/Pensionsfinanzierung, Gesundheitsvorsorge, Prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitsfreier Sonntag, Einkommensgerechtigkeit, Mindestsicherung, Waldviertler –Regionalwährung, Arbeiterlieder, ...
- 16.00 Uhr: Festgottesdienst in der Stiftskirche
- 17.30 Uhr: Führung durch den „Garten der Religionen“ oder „Altes Kloster“, Abendessen

Sonntag 15.5.: Frühstück, Abreise



ANMELDUNG

Weitere Informationen zu Übernachtung, Anreise, Kosten und Anmeldung: KABÖ, Spiegelgasse 3/2, 1010 Wien, 01/51552-3350, eMail: kab.office@kaoe.at, www.kaboe.at

OFFENLEGUNG

Offenlegung im Sinne des § 25 des Bundesgesetzes über die Presse und andere publizistische Medien (BGBl. Nr.314/1981); **Medieninhaberin (Verlegerin):** Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich; 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2; **Geschäftsführung:** Maria Etl; **Vorstand:** Reinhold Grausam, Prof. Christa Ellbogen, Margarete Bliem, Maria Etl, Mag. Heinz Mittermayr, Erwin Burghofer, Leo Kudlicka, Verena Hohenadler, Hildegard Weinreich, Johann Lechner, Reinold Deim, Bruno Holzhammer; **Grundlegende Richtlinien des Mediums:** Religiöse, soziale und kulturelle Information von Arbeitnehmer/innen.

19.3.1911 – 19.3.2011:

100 Jahre **Kampf** für **Frauenrechte**

KABÖ-Frauen fordern Einkommenstransparenz und „Aufbrechen von Rollenmustern“

Besser gebildet – schlechter entlohnt: So lautete der Titel der Jahrestagung 2011 der KAB-Frauen, die von 15.-16. Jänner in Wien stattfand. Mehr als 40 Teilnehmerinnen aus sieben Diözesen kamen zusammen: Sie analysierten verschiedene Begründungen für Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern und formulierten Forderungen in einer Resolution.

Einkommenstransparenz: Kritik an der Gesetzesnovelle

Die Teilnehmerinnen der Tagung begrüßten die Gesetzesnovelle vom 13.01.2011 für mehr Einkommenstransparenz mit der Verpflichtung der Arbeitgeber zur Erstellung eines Einkommensberichts nach § 11a des Gleichbehandlungsgesetzes. Dass allerdings die Arbeitnehmer/innen über den Inhalt des Einkommensberichtes – bei Androhung einer Verwaltungsstrafe – zur Verschwiegenheit verpflichtet werden, behindert die Absicht, Einkommensunterschiede abzubauen und ist zurückzunehmen.

Gemeinwohl-Arbeit höher bewerten!

Für eine zeitgemäße Bewertung von Arbeit ist die gesellschaftliche Notwendigkeit der jeweiligen Tätigkeit zu beachten. Dem Leben und der Gemeinschaft dienliche bzw. für ein funktionierendes Zusammenleben unverzichtbare Arbeit muss höher bewertet und entlohnt werden, als dies derzeit der Fall ist. Damit würde sich das Lohnverhältnis in sogenannten „Frauen- und Männerberufen“ neu ausbalancieren und von Frauen geleistete Arbeit vermehrt ins Blickfeld rücken.



Dr. Ingrid Nikolay-Leitner, Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft, bei der KABÖ-Frauentagung: Diskriminierung gibt es derzeit beim Berufseinstieg, bei der zunehmenden Teilzeitarbeit von Frauen und beim Entgelt im Arbeitsverhältnis.

Väter 30h, Mütter 30h

Frauen mit Kindern arbeiten meist Teilzeit, sofern sie nicht Alleinerzieherinnen sind. Der Mann ist Hauptverdiener (Vollzeit und mehr), die Frau „Dazuverdienerin“ – mit allen bekannten Entgelt diskriminierenden Folgen. Die Teilnehmerinnen der Tagung sympathisieren mit dem „Modell 30:30“: Mütter und Väter arbeiten während der Familienphase je 30 Wochenstunden, dadurch werden Rollenmuster aufgebrochen, Status und Einkommen von Frauen verbessern sich.

Plattform „20.000 Frauen“ ruft zur Demonstration am 19. März auf

Am 19. März 1911 demonstrierten 20.000 Frauen für ihre Rechte auf dem Wiener Ring.

100 Jahre später nimmt die Plattform „20.000frauen“ dieses historische Datum zum Anlass, dass sich verschiedene Frauenorganisationen erneut verbünden und zu einer Demonstration mobilisieren. Auch Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat ihre Unterstützung angekündigt. „Jede verfügbare Statistik beweist: Frau-Sein bedeutet nach wie vor Benachteiligung, Diskriminierung, Sexismus und Gewalt ausgesetzt zu sein“, sagte Petra Unger, Sprecherin der Plattform.



AUFRUF

19. März 2011 - Treffpunkt: 14 Uhr
Wien, Schwarzenbergplatz
www.20000frauen.at



Gleichheit

Wertekalender KAB St. Pölten

Das Wort Gleichheit kann gedeutet werden mit jenem Satz aus der Charta der Menschenrechte: „Alle Menschen sind gleich an Rechten und Würde.“

Der Mann ist nicht mehr wert als die Frau, und der Europäer ist nicht mehr wert als der Afrikaner. Der Wert der Gleichheit aller Menschen ist auch schon grundgelegt in der Botschaft des Evangeliums. Im Galaterbrief des heiligen Paulus heißt es: „Von nun an gibt es nicht mehr Juden und Griechen, nicht mehr Sklaven und Freie, nicht mehr Mann und Frau, sondern von nun an sind alle eins und gleich in Christus.“

Die Gleichheit ist auch eine Voraussetzung für die Gerechtigkeit. Ohne Gleichheit gibt es keine Gerechtigkeit. Was die Gleichheit der Menschen anbelangt sind in der letzten Zeit große Fortschritte erzielt worden.

Es ist aber noch lange nicht die völlige Gleichheit erreicht. Es ist daher nach wie vor sinnvoll, dass die Frauenorganisationen die Gleichheit von Mann und Frau einfordern – auch wenn das durch eine Quotenregelung geschieht. Auch die Kirche müsste sich überlegen, ob der Ausschluss der Frauen vom Priestertum nicht gegen das Recht auf Gleichheit aller Menschen verstößt.

Auch das Nord-Südgefälle in unserer Welt verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz. Die Menschen auf der Welt spielen auf einem schiefen Fußballfeld. Die einen müssen ständig bergauf spielen, die anderen spielen bergab. Wir in Österreich gehören international gesehen zu denen die bergab spielen.

„Da alle Menschen eine geistige Seele haben und nach Gottes Bild geschaffen sind, da sie dieselbe Natur und denselben Ursprung haben, da sie, als von Christus Erlöste, sich derselben göttlichen Berufung und Bestimmung erfreuen, darum muss die grundlegende Gleichheit aller Menschen immer mehr zur Anerkennung gebracht werden.“ (Pastoralkonstitution II Vaticanum, 1965)

- Bedeutet Gleichheit, dass von Jedem das gleiche verlangt werden kann?
- Wo sind ungleiche Maßstäbe zulässig und gerechtfertigt?
- Gibt es einen Unterschied zwischen Gleichheit – Gleichwertigkeit?
- Was kannst du tun, um Gleichheit in deinem Leben umzusetzen?
- Was muss der Staat tun, um Gleichheit in deinem Leben umzusetzen?
- Was muss die Kirche tun, um Gleichheit in deinem Leben umzusetzen?

Der Text zum Wert „Gleichheit“ stammt aus dem Wertekalender.

Weitere Seiten sind gestaltet zu den Themen: Menschenwürde, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Zivilcourage, Wahrhaftigkeit, Demokratie, Verantwortung, Gleichheit, Versöhnung, Toleranz, Nachhaltigkeit.

Den Katalog in Form eines Kalenders können Sie bestellen unter: kab.ka.stpoelten@kirche.at bzw. Tel: 02742-324-3371.

Arbeitslosigkeit - Ein Thema in den Kirchen?

Texte zum 19. März (Josef, der Arbeiter)
und 30. April (Tag der Arbeitslosen)

Arbeitslosigkeit ist eine der großen Geißeln der Menschheit, weil sie eine der großen Ursachen von Armut ist. Die Menschenrechts-Deklaration der Vereinten Nationen von 1949 erklärt: Arbeit (Erwerbsarbeit) ist ein Menschenrecht, genauso wie Schutz vor Erwerbsarbeitslosigkeit!

Erstaunlich ähnlich sieht es unsere jüdisch-christliche Tradition: „Gib uns heute das Brot für morgen“ wird die Vater-Unser-Bitte (zentral im Gebet Jesu!) wohl richtiger übersetzt.



Die Arbeitslosen-Initiative „AKTIVE ARBEITSLLOSE“ hat während der Demonstrationen für den demokratischen Wandel in Ägypten mit einer Aktion vor der Ägyptischen Botschaft ein internationales Solidaritätszeichen gesetzt.

www.aktive-arbeitslose.at - Foto: Martin Mair

„Der langzeitige Ausschluss von der Arbeit oder die längere Abhängigkeit von öffentlicher oder privater Hilfe untergraben die Freiheit und Kreativität der Person sowie ihre familiären und gesellschaftlichen Beziehungen, was schwere Leiden auf psychologischer und spiritueller Ebene mit sich bringt. Allen, besonders den Regierenden, ... möchte ich in Erinnerung rufen, dass das erste zu schützende und zu nutzende Kapital der Mensch ist, die Person in ihrer Ganzheit – ist doch der Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft.“ (Nr. 25)
Unter „würdiger“ Arbeit versteht der Papst, „eine frei gewählte Arbeit, die die Arbeitnehmer, Männer und Frauen, wirksam an der Entwicklung ihrer Gemeinschaft teilhaben lässt“, Arbeit, die ein sicheres Leben bietet oder „eine Arbeit, die genügend Raum lässt, um die eigenen persönlichen, familiären und spirituellen Wurzeln wiederzufinden“.

Papst Benedikt XVI., Enzyklika Caritas in Veritate, 2009

Das heißt Jesus betet ganz im Lebensgefühl der damaligen Tagelöhner, die vom Tages-Lohn sich und ihre Familie ernähren mussten. Gab es den nicht, mussten sie hungern. Gäbe es ihn, wäre das wenigstens ein bisschen Sicherheit.

Jesus sieht Arbeit und Lohn in engem Zusammenhang mit Armut und Hunger. Darum wohl die Entscheidung des Weinbergbesitzers im Gleichnis (Mt 20), den Arbeitern der letzten Stunde auch den Silbergroschen zu geben, obwohl sie ihn gar nicht „verdient“ hatten. Sein Herz, sein Gewissen, sagte ihm: Das Lebensnotwendige soll jede/r haben, unabhängig von seiner/ihrer Leistung!

Arme wird es immer unter euch geben?

Im Christentum hat sich leider eine gewisse Gleichgültigkeit den Armen gegenüber entwickelt, indem man sich auf das (angebliche) Jesus-Wort berief; „Arme wird es immer unter euch geben“, als wäre das ein Naturgesetz. Es dürfte aber sicher so sein: Jesus als gläubiger Jude war davon überzeugt: „Arme wird es bei dir nicht geben!“ (Dtn 15,4) Das war zentraler Punkt der Sozialordnung im alten Israel. Deshalb, also zur Vermeidung von Armut und Elend, sieht die Tora auch vor: Schuldenerlass, Sabbat als freien Tag, tägliche Lohn-Auszahlung, Recht auf Sozialhilfe. Dieses Sozialideal scheint in der Praxis der ersten christlichen Gemeinden durch, von denen es heißt (Apg 4,34): „Es gab niemanden unter ihnen, der Not litt“. Reichtum wird von der Bibel nicht an sich kritisiert und abgelehnt, sondern dann, wenn er auf Kosten der Armen entsteht (Jes 3,14; Jes 5,8; Am 2,8).

Die Erde gehört Gott und Gott hat sie Allen zur Nutzung gegeben, nicht nur Einzelnen, sagt die Bibel. Also ist es Diebstahl, wenn es Arme gibt und sie nicht gut leben können von dieser Erde. Genau das dürfte das Resümee unseres Glaubens sein angesichts von Arbeitslosigkeit!

Hans Wührer, ehem. Geistl. Assistent der KAB Linz

Auf der Homepage der KAB-Kärnten (www.kath-kirche-kaernten.at -> [katholische-aktion -> kab](http://katholische-aktion->kab)) sind Texte zum „Tag der Arbeitslosen“ zu finden, die von Christian Winkler (Bischöfliche Arbeitslosenstiftung Linz) zusammengestellt wurden. Diese Textbausteine sind für Gottesdienste und Veranstaltungen in Pfarren rund um den „Tag der Arbeitslosen“ am 30. April und dem 1. Mai gedacht. Auch der 19. März („Josef, der Arbeiter“) ist ein passender Termin, um das Anliegen innerkirchlich präsent zu halten. Die Zusammenstellung enthält auch „Fürbittgebete“, die die Situation von Arbeitslosen auch das ganze Jahr über immer wieder in die Gottesdienste einbringen können.

„Ein guter Tag für die Kinderrechte?“

Briefe aus Wien zum Sozialwort

Liebe Martha!

Im Jänner wurde bei uns beschlossen, dass die Kinderrechte in die Verfassung kommen sollen. Eigentlich eine tolle Sache, denkt man sich. Aber der Aufschrei der Organisationen, die sich seit Jahren für diese Kinderrechte einsetzen war groß. Denn alle Rechte, die irgendwie heikel waren wurden erst gar nicht aufgenommen oder nur "unter Vorbehalt".

Als ich darüber ein wenig im Internet recherchiert habe, ist mir etwas Interessantes aber gleichzeitig auch sehr Erschreckendes aufgefallen: Viele Organisationen haben am 18. Jänner über OTS-Presseausendungen in einer konzertierten Aktion ihren Ärger kundgetan. Hier kann man auf der OTS-Plattform quasi im Minutentakt nachlesen, was es alles für Gegenargumente gibt, die Kinderrechte jetzt in dieser Form in der Verfassung zu verankern. "Eine Alibiaktion" ist bei vielen Aussendungen die Conclusio.

Und dann lese ich zwei Tage später – nach dem Beschluss im Parlament die Aussendungen der PolitikerInnen dazu und glaube, ich bin in einer anderen Welt: "Ein guter Tag für die Kinderrechte", "Ein historischer Tag", "Ein gesellschaftspolitischer Meilenstein" usw. Die Aussagen überschlagen sich geradezu, als müsste man vergessen machen, was alles nicht berücksichtigt wurde.

Abgehoben von der Realität

Erschreckend daran finde ich wie abgehoben sich hier die österreichische Politik von der Realität zeigt. Selten hat man wohl den Unterschied zwischen den Wünschen der Zivilgesellschaft und dem Handeln der Politik deutlicher sehen können. Bei vielen anderen Themen fällt uns da schon gar nicht mehr auf, aber hier wurde es Dank dieser vielen Presseausendungen einmal sehr deutlich sichtbar gemacht.

Damit wurde wieder eine Chance vertan, dass die PolitikerInnen die Anliegen der BürgerInnen ernst nehmen. Es ist eine von vielen Entscheidungen, die den Frust der Menschen auf die Politik noch mehr steigert und dazu führt, dass (meist rechte) Protestparteien einen immer größer werdenden Stimmenzuwachs bekommen.

Besonders ärgerlich finde ich auch noch, dass die Gegenargumente noch nicht einmal ernst genommen werden, sondern einfach drüber gewischt wird. Das erzeugt meiner Meinungen nach noch einen viel größeren Frust, als wenn die Politik auf die Gegenargumente eingeht und wenigstens klar begründet, warum sie die nicht berücksichtigen will.



Aber dazu ist Politik heute wohl viel zu feig und viel zu sehr in eingefahrenen PR-Schienen, als dass das noch auffallen würde. Hoffen wir, dass die Konsequenzen aus diesem Politikfrust bei der Bevölkerung nicht allzu schlimmer Folgen haben.

Dein Marcel

P.S. Als Sozialwort-Text passt diesmal leider der Absatz zu "Bildung als Menschenrecht" (22) gut dazu. Denn gerade das Kinderrecht auf Bildung ist einer jener Punkte, die nicht in der Verfassung verankert wurden: "Menschen, die schon als Kinder keine Chance erhalten, sich grundlegendes Wissen anzueignen und ihre eigenen Fähigkeiten zu entfalten, können an vielen Errungenschaften in unseren modernen und komplexen Gesellschaften nicht teilhaben. Bildung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Menschen einen Ausweg aus der Armut zu ermöglichen, der sie zugleich zu Subjekten ihrer Lernprozesse macht und ihr Selbstwertgefühl erhöht. Je höher der allgemeine Bildungs- und Ausbildungsstandard einer Gesellschaft ist, desto schwerer haben es jene, die aus Gründen von körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung geringere Bildungschancen haben als andere. Eine reiche Gesellschaft hat solche Benachteiligungen durch besondere Bemühungen nach Kräften auszugleichen, um dieser Personen und um der ganzen Gesellschaft willen."

Bildung als Menschenrecht

Marcel Kneuer schreibt in seinem Blog „Briefe aus Wien“ Nachdenkliches und Kritisches zur Welt im 21. Jhd. Zitate aus dem Ökumenischen Sozialwort der Kirchen bilden bei allen Briefen ein durchgehendes Element.

Link: www.diebewussten.at/wienbriefe

Zum Leserbrief: „Lehrlingssituation & Bildungssystem“

(Dezember 2010)

Hr. Zemanek, Sie hinterfragen, ob es stimmt, „dass Bildung vererbt würde“? Ja, Sie schreiben, Sie haben es ja auch geschafft, vermutlich vor mehr als 50 Jahren oder? Aber vielleicht wurde ja Ihre (unsere) Generation damals in eine neue Gesellschaft, eine neue Zeit hineingeboren! Die Gunst der richtigen Zeit, des richtigen Ortes!?

„Füllt keinen jungen Wein in alte Schläuche“ ist mir da ein Bibelwort im Ohr. Das sagt mir: Lehrt unsere junge Generation keinen alten Kram und schon gar nicht mit alten Methoden. Überdies vermute ich ein Missverständnis, wenn Gesamtschule mit „Gleichmacherei“ in Verbindung gebracht wird. Vielmehr geht es dabei darum, den 10 oder 12jährigen, jungen Menschen, nicht Wissensvermittlung durch zu frühes Selektieren vor zu enthalten!

Wenn sich das gegenwärtige Wissen in max. vier Jahren verdoppelt, dann braucht es genügend Zeit für unsere Kinder, um

ihnen das nötige Rüstzeug als Vorbereitung mit zu geben! Deswegen meint ja auch Landeshauptmann Pühringer, die Schulzeit sollte bis zum 18. Lebensjahr verlängert werden! (Eine neue Oberstufe von 14-18?)

Meine Lebenserfahrung hat mich gelehrt, dass der wirkliche Aufstieg im Leben, oft Zufriedenheit bedeutet. Dazu braucht es aber soziale Kompetenz (auch oder gerade für ein christliches Menschenbild). Es geht darum, jedem Menschen den Zugang zu einer Bildung nach seinen Talenten zu ermöglichen. Das wäre dann nicht Gleichmacherei, nein das wäre nur gerecht! Jener gerechte (der richtige) Zugang für ALLE scheint mir noch nicht ganz gelungen, daher plädiere ich für eine Erneuerung des Bildungssystems!

Walter Rijs, Wien

Verschärfungen im Fremdenrecht

Frau Ministerin Fekter ist nicht zu bremsen. Sie setzt ihren „Profilierungsdrang als eiserne Lady“ auf Kosten der Schwächsten in unserem Land ungeniert fort. Die vorgebrachten Einwände mehrerer Persönlichkeiten des kirchlichen und öffentlichen Lebens sowie vieler Wohlfahrtseinrichtungen rühren sie angeblich nicht, denn „im Innenministerium gibt man sich gelassen“. Wozu diese weitere Verschärfung? Vielleicht gar, um angeblich HC Strache Stimmen abspenstig zu machen?

Ich unterstütze die zahlreich geäußerten Bedenken und fordere konkret:

- Bei Familien mit Kindern darf generell keine Schubhaft verhängt werden, ein solches Vorgehen widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention.

- Zuwanderer, die bereits ein Aufenthaltsrecht haben, dürfen wegen einer (sicher nicht beabsichtigten) Fristversäumnis bei der Antragstellung zur Verlängerung ihres Aufenthaltsrechts nicht kurzfristig abgeschoben werden. Die nachgewiesenen und für die Behörden leicht feststellbaren Integrationsbemühungen sind unbedingt zu berücksichtigen.
- Die Ausdehnung der derzeit geltenden Höchstdauer der Schubhaft von 10 auf 18 Monate ist unmenschlich und daher entschieden abzulehnen. Für die Bearbeitung eines Asylantrages sind max. sechs Monate mehr als genug.

Hans Riedler, Linz

Brandschutzmauer für Banken

Die Trennung der Geschäftsbanken von den Investmentbanken ist ganz einfach: Eine hohe Brandschutzmauer zwischen diesen beiden Bankabteilungen mit getrennten Eingängen und mit dem Verbot des „Geldaufnehmens“ der Investmentbanken (Aufschrift „Casinobank xxx“) von den Geschäftsbanken. Durch die verantwortungslose Vermischung beider Bankentypen sind nun alle Großbanken substantiell pleite. Dazu braucht man keine wissenschaftlichen Expertisen, sondern nur einen Taschenrechner bzw. es genügt der normale Hausverstand der BürgerInnen. Auch die sogenannten Rettungsschirme der EU helfen keinem Land, sondern werden eins zu eins in den Finanzmarkt gepumpt.

Das eindeutige Unrecht dabei ist, dass dahinter unterm Strich die Vermögen der BürgerInnen stehen. Und diese würden das miese Spiel sofort durchschauen, wenn auf

ihren Kontoauszügen gesetzlich verpflichtend stehen würde: „Wichtiger Hinweis: Sie bürgen mit xxx.tausend Euro für den Staat. Fälligstellung je nach Lage.“ Und das würde fast nichts kosten, wenn das Wörtchen `wenn` nicht wäre oder besser, wenn bei uns - am Besten sofort - ein personalisierteres Wahlsystem eingeführt werden würde, wie es unter anderem auch der ehemalige NAbg. Neisser vorschlägt. Ein Wirtschaftswissenschaftler formulierte es einprägsamer: `Wie soll denn ein Großbrand gelöscht werden, wenn die Brandstifter selber am Steuer der Löschfahrzeuge sitzen?`

Karl Mitterer, St. Stefan/Lav.

Leserinnenforum

Das LeserInnenforum lebt von Ihren Beiträgen!
Ihren Beitrag senden Sie bitte an:
kab.office@kaoe.at

Wasser Macht

FILM
TIPP

Ge

> **Ein neuer Film thematisiert die negativen Folgen der Privatisierung von Wasser: Viele Gemeinden weltweit nehmen ihre Wasserversorgung wieder in die eigene Hand.**

Die französischen Konzerne Veolia und Suez sind die Platzhirsche im wachsenden Weltmarkt der privaten Wasserversorgung. Auf allen fünf Kontinenten sind sie präsent. Doch ausgerechnet in ihrem Heimatland Frankreich mussten 2010 beide Konzerne in ihrem Hauptsitz Paris die Wasserversorgung an die Stadt übergeben und sich zurückziehen. Demnächst folgen viele andere, die ihr Wasser wieder in kommunale Hand nehmen wollen.

Warum ein derartiger Gesichtverlust ausgerechnet in Frankreich, wo sie schon viele Jahrzehnte aktiv sind und noch immer rund 80% der Bevölkerung versorgen? Am Beispiel von Paris und Bordeaux bzw. dem deutschen Braunschweig zeigt der Film, warum die Menschen zuvor den Privaten so lange vertraut haben.

Jetzt blubbert die Wahrheit über die Konzerne an die Oberfläche: Wasserzähler, Kosten für den Austausch von Bleileitungen etc. wurden dem Kunden falsch berechnet. Die Profite liegen in manchen Städten im dreistelligen Millionenbereich: Bei privaten Betreibern sind die Wasserpreise in Frankreich um 20-60% höher als bei öffentlichen. Ein ähnliches Bild bei den Leckagen: Bei den Privaten versickern 17-44% des Wassers durchs löchrige Rohrnetz, bei den Öffentlichen sind es nur 3-12%.

Sackgasse Wasseraufbereitung.

Lösung: Biolandwirtschaft!

In Frankreich ist die Ressource Wasser mittlerweile in einem bedenklichen Zustand: Offizielle Zahlen belegen, dass in 97% der oberirdischen Gewässer krebserregende Pestizide zu finden sind. An den Küsten der Bretagne wird dies überdeutlich. Strände sind nicht mehr begehbar, weil sich Tonnen hochgiftiger Algen türmen, genährt von Nitraten, angereichert mit Medikamenten. Für Veolia und Suez ein ideales Geschäftsfeld – ihre immer teurere Technik kann angeblich aus jedem verschmutzten Wasser trinkbares machen. Dies ist eine gefährliche Sackgasse, warnen ExpertInnen. Denn niemals werden alle Schadstoffe ausgefiltert und trotzdem steigen die Kosten fürs Trinkwasser immer weiter ins Unermessliche.

Dabei liegt die Lösung so nah und ist absolut kostengünstig: die Ausweisung von Wasserschutzgebieten, auf denen nur Biolandwirtschaft erlaubt ist! Ein viel beachtetes Beispiel ist München mit dem größten europäischen Biolandwirtschaftsgebiet.

Sinkender Wasserverbrauch senkt Konzernrendite

Bordeaux muss ein lange ignoriertes Problem ausbaden: Das Grundwasser ist übernutzt. Während der private Betreiber Suez noch Werbung für höheren



Wasserverbrauch machte, begann die Gemeinde bereits mit systematischen Wassersparmaßnahmen. Heute kann die Gemeinde stolz vermelden: 25% des Wasserverbrauchs wurden eingespart. Doch sinkender Wasserverbrauch senkt die Rendite der Konzerne. Suez möchte daher das Grundwasser mit aufbereitetem Wasser aus der Garonne anreichern. Zum Glück gibt es aber noch unabhängige Wissenschaftler, die davor warnen, das hochbelastete Flusswasser als Ersatzressource zu begreifen.

Konzern klagt Filmemacher

Der französische Konzern Veolia hat in Paris gegen den Film „Water Makes Money“ Klage wegen „Verleumdung“ eingereicht. Ein Ausstrahlungs- bzw. Aufführungsverbot ist künftig nicht auszuschließen. Veolia will zudem die Filmemacher auf Schadenersatz verklagen. Das von Instanz zu Instanz potenzierte finanzielle Risiko kann für sie ruinös werden. „Veolia will uns wirtschaftlich ruinieren und uns über seine finanzielle Macht mundtot machen“, sagt Filmemacher Leslie Franke.

Noch darf der Film gezeigt werden. Und noch hält ARTE an der Planung fest, eine TV-Fassung am Internationalen Wassertag, am 22.3.2011 um 20.15 Uhr auszustrahlen.

DVDs von „Water Makes Money“ können unter bestellung@kernfilm.de (Tel: (0049) 040/24 12 90) bestellt werden (für eine nichtkommerzielle öffentliche Vorführung zum Preis von € 28,50 + Versandkosten).

Reiche fühlen sich von den Armen gestört

Bereits stilles Betteln ist strafbar. Doch auch der Widerstand gegen Bettelverbote wächst.

In fast allen österreichischen Bundesländern gibt es mittlerweile landesweite Bettelverbote. In Salzburg, Wien, Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich ist das öffentliche gewerbsmäßige Betteln verboten.

Am 15. Feb. 2011 wurde in Steiermark ein generelles Bettelverbot beschlossen, auch Oberösterreich und Kärnten zogen in den letzten Wochen nach. Im Burgenland gibt es derzeit ein regionales Bettelverbot, das in Eisenstadt aufrecht ist. (Einen aktuellen Überblick bietet www.bettelverbot.at)

Doch die Kritik an diesen rigorosen Verboten gegen die Schwächsten in der Gesellschaft wächst: "Der Umstand, dass sich die Satten von den Hungrigen, die Reichen von den Armen gestört fühlen, darf nicht zur Grundlage einer neuen Rechtsnorm in unserem Land werden", appellierte die Katholische Aktion in Kärnten an jene Politiker/innen, die das Betteln auf Kärntens Straßen und Plätzen gesetzlich verbieten wollen.

Widerstand in der Steiermark

Groß war der Widerstand auch in der Steiermark vom Welthaus, der Katholischen Aktion oder der Vinzenzgemeinschaft. Doch per 1. Mai 2011 lautet das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz wie folgt: „Wer an einem öffentlichen Ort um Geld oder geldwerte Sachen bettelt, begeht eine Verwaltungsübertretung.“

Aber es gibt die Möglichkeit für sogenannte „Erlaubnisbereiche“. Die Gemeinde kann das Betteln durch Verordnung an bestimmten öffentlichen Orten und für bestimmte Zeiten für zulässig erklären. Betteln mit Kindern, oder „aufdringliches Betteln“ (durch „Anfassen, unaufgefordertes Begleiten und Beschimpfen, durch Nachgehen oder durch Zugehen auf eine Person“ ist aber auch in Erlaubnisbereichen verboten.)

Billa und Spar dulden das Betteln. Und Kirchen?

Billa und Spar haben angekündigt, dass sie auf ihren Parkplätzen weiterhin BettlerInnen dulden wollen, solange die Kundschaft nicht massiv dagegen interveniert. Die Katholische Aktion Österreich regt an, bei gesetzlichen Verboten kirchenintern über Möglichkeiten nachzudenken, BettlerInnen den kirchlichen Hoheitsbereich (z.B. Eingänge von Kirchen oder Klöstern) zur Verfügung zu stellen. Schließlich lautet der christliche Auftrag „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40). Arme und Schwache sind „Geschöpfe Gottes“, die Not leiden.



Bettelmafia? „Nein, nein, nein und nochmals nein“, antwortet Gerhard Lecker auf die Frage des Magazins „Frontal“, ob es in Graz zumindest einen polizeilich belegten Hinweis gibt, dass die Bettelnden gezwungen werden, ihr Geld an Fremde abzugeben. Lecker weiß es genau, schließlich leitet er die sicherheitspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Abteilung der Grazer Polizei.

Solidarische Kommentare gegen das Bettelverbot

Die Vinzenzgemeinschaft hat sich mit zahlreichen Aktionen gegen ein Bettelverbot in der Steiermark eingesetzt. Auf der Homepage haben hunderte Menschen solidarische Kommentare abgegeben.

Das Gesetz der Natur verlangt, dass Bienen zusammenarbeiten, damit sie überleben können. Daher besitzen sie instinktiv einen Sinn für soziale Verantwortung. In mancherlei Hinsicht, denke ich, dass wir ärmer sind als die Bienen. (Margareta G. zitiert den XIV. Dalai Lama)

Solange es Grund zum Betteln gibt, möcht ich mich auch stören lassen. Auch, wenn's mir unangenehm ist. (Walter F.)

Ich brauche keinen behördlichen „Schutz“ vor Menschen, die mich in Not um etwas bitten. (Barbara S.)

Die Politiker sollten eigentlich dafür da sein um FÜR die Schwächsten dieser Gesellschaft etwas zu tun. Das ist dann nicht mehr jene Partei, der ich damals beigetreten bin. (Johann W.)

Ich brauche keinen behördlichen "Schutz" vor Menschen, die mich in Not um etwas bitten. (Barbara S.)

Von den tatsächlichen Problemen wird abgelenkt. Hauptsache wir werden nicht gestört, sind fesch und erfolgreich. (Michael K.)

Roma - die „vergessene Minderheit“ Europas

Die Kleinstadt Detva in der Slowakei ist keine 300km östlich von Wien entfernt. Mit ca. 17.000 Einwohnern zeigt sie anschaulich die enormen Schwierigkeiten bei der Transformation der Planwirtschaft in neue marktwirtschaftliche Strukturen.

Die Maschinenbaufabrik, der größte Betrieb in Detva, wurde zugesperrt; neue Investitionen in der strukturschwachen Gegend blieben aus. Arbeitslos, kaum ausgebildet und ohne jede Chance auf eine neue Beschäftigung blieben die Roma. Sie wurden in den 90-er Jahren in leerstehenden Arbeiterunterkünften (1-Zimmer-Wohnungen) untergebracht - so entstand ein Ghetto. Allein die Angabe der Wohnadresse löst bei Ämtern Vorurteile aus.

Angesichts der trostlosen Situation in Detva gründete Marie Oláhová, selbst eine Roma-Frau, eine Romni, eine Kindertanzgruppe, weil ihre Kinder und die Kinder der anderen Romnia nur auf der Straße spielten und keine kreative Beschäftigung mit der eigenen Kultur und Tradition hatten. Sie studierte Lieder und Programme mit den Kindern ein. Bald darauf wurden auch die Schule und die Eltern mit eingebunden. Heute gehört die Gruppe zu den bekannten regionalen Ensembles.

Von der Kindertanzgruppe zum Sozialzentrum

Eine Beratungsstelle mit Notschlafstelle und Mutter-Kind-Zentren dienen als Anlaufstellen in Krisensituationen. Die Menschen finden hier Unterstützung bei Problemen mit der Wohnung (zu hohe Miete, Zuteilung von Wohnungen, Zu-

Die meisten Bettler/innen in Graz sind Roma.

rückzahlung von Mietrückständen) und drohender Obdachlosigkeit. Beratung gibt es auch bei Behördengängen (z.B. Sozialhilfe, Arbeitsamt) und bei Schulproblemen der Kinder.



Viele Roma leben in Süd- oder Osteuropa in ghettoaähnlichen Siedlungen. Die Arbeitslosigkeit beträgt bis zu 100 Prozent, Diskriminierung steht an der Tagesordnung. Schnelle Lösungen für die komplexe „Roma-Problematik“ gibt es nicht. Ein Projekt von Welthaus-Graz hilft in der Slowakei.
www.welthaus.at 0316/ 32 45 56

BUCHTIPP



Das Buch ist aus einem Projekt von Fachlehrer Christian Gebhart mit Lehrlingen, die die Ausbildung zu Bodenlegern machen, entstanden: Originelle Bilder von Böden und den Beinen der Jugendlichen werden in Zusammenhang gesetzt mit den Gedanken der Jugendlichen zu Psalmen.

Das Buch ist zu beziehen über das Haus der Begegnung Innsbruck (Tel. 0512/587869) oder die Fachberufsschule Mandelsbergerstraße 12, 6020 Innsbruck (Tel. 0512/588827). Ein Buch kostet 12,- Euro. Die Jugendlichen geben den Erlös aus dem Bücherverkauf an das Jugendrotkreuz weiter.

„jung und mit beiden Beinen fest am Boden“



Er lässt deinen Fuß nicht wanken... Der Herr behüte dein Leben.
Der Herr behüte dich, wenn du fortgehst und wiederkommst... (Aus Psalm 121)

„Übermütig an Grenzen gehen -schauen, ob ich es noch kann... mich noch einmal ganz anders spüren, den sicheren Boden verlassen. Gut, dass deine Hand mich beschützt.“

Menschenrechte und Unternehmerische Verantwortung

Ein Negativbeispiel.

Wie wir in den letzten Nummern berichtet haben, will die Firma Andritz AG beim Bau des brasilianischen Kraftwerkes „Belo Monte“ am Xingu-Fluß in Amazonien mitmachen, das zerstörerisch in den Lebensraum der Bewohner/innen des Gebietes eingreift und für die Natur und die Menschen irreversible Schäden bedeutet. Rembert Schleicher, Präsident der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien, kommentiert dieses Thema in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Christopolis“:

Haben Sie schon einmal etwas von „Corporate Social Responsibility“ oder „CSR“ gehört? Das heißt so viel wie „Unternehmerische Verantwortung für die Gesellschaft“ und umschreibt den freiwilligen Beitrag von

Firmen zu einer nachhaltigen Entwicklung, die über die gesetzlichen Forderungen hinausgeht. Mit ihrer CSR versuchen Firmen zu zeigen, wie gut sie handeln und arbeiten und dass man ihnen vertrauen soll. Doch leider ist eine schöne CSR oft nicht mehr als ein Mäntelchen, das man abgelegt wird, wenn es beim Streben nach Gewinnmaximierung hinderlich ist. Ein Beispiel dafür ist die österreichische Andritz AG.

Die Andritz AG ist Mitglied der österreichischen CSR-Plattform „RespAct“, in der sich viele österreichische Firmen zusammengeschlossen haben. Diese Plattform hat sich z.B. dazu verpflichtet, "Rechte von Ureinwohnern" zu respektieren sowie die "Anliegen der Interessensgruppen im lokalen Umfeld" zu beachten und mit ihnen in Dialog zu treten. Im Fall von "Belo Monte" ist die betroffene indigene Bevölkerung allerdings nicht angehört worden, wie es die brasilianische Verfassung und internationale Konventionen vorschreiben. Das ist eine Menschenrechtsverletzung, die „RespAct“ widerspricht und zeigt, dass der Bau dieses Kraftwerkes in keiner Weise mit den Richtlinien einer CSR vereinbar ist. Aber das scheint die Firma Andritz AG nicht zu interessieren.

Bei anderen Firmen wird es wohl im entscheidenden Moment ähnlich sein. Daher sollten wir uns von solchen CSR-Mäntelchen nicht täuschen lassen. Gut gemeint ist zu wenig. Und gute Grundsätze bei der ersten Gelegenheit nicht einzuhalten, das ist schlecht. Jedes Kind weiß: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

Rembert Schleicher



Mit einer Teilgenehmigung für erste Rodungen hat die brasilianische Regierung die Weichen für das gigantomanische Kraftwerk Belo Monte gesetzt. Doch mehrere gerichtliche Umweltverfahren in Brasilien für das Gesamtprojekt sind noch nicht entschieden. Gerade jetzt brauchen die Menschen am Xingu-Fluß und ihr Bischof Erwin Kräutler unsere Solidarität. Zu Belo Monte gäbe es menschen- und naturfreundliche Alternativen, wenn die Mächtigen es nur wollen.

Protest-Emails

Am 14.2. hat die Andritz AG leider einen Auftrag über 330 Mio. für Turbinen, Generatoren und andere technische Ausrüstung für „Belo Monte“ bestätigt. Konzernsprecher Pokorny war in nahezu allen österreichischen Zeitungen zitiert, dass es sich bei der Kritik daran um ein rein österreichisches Thema handle und diese bloß von einer kleinen Gruppe getragen sei.

Wir möchten dies nicht unwidersprochen lassen! Bitte unterstützen Sie die Email-Protestaktion an Vorstandsvorsitzenden Dr. Leitner auf www.dka.at/belomonte/

Pater Jakob Gapp ■ KAB Tirol

Preis 2010

Als kirchliche Anerkennung für die Anachaltige Verwirklichung von Grundsätzen der katholischen Soziallehre im Betrieb überreichte heuer Bischof Manfred Scheuer den Pater-Jakob-Gapp-Preis an die Fa. DB Schenker & Co AG, Niederlassung Tirol.

Franz Wechselberger, Vorsitzender des Arbeitskreises „Seliger P. Jakob Gapp SM“, unterstrich in seiner Laudatio, dass es bei der Auswahl der Preisträger des P.-Jakob-Gapp-Preises um die Gesamtheit des Betriebes gehe. Speziell gewürdigt wurde die Lehrlingsausbildung im Rahmen eines Patensystems. Um Mitarbeiterinnen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern, bietet Schenker eine weitgehend flexible Arbeitszeitgestaltung an. In Kooperation mit den Kinderfreunden wurde eine maßgeschneiderte Kinderbetreuung erarbeitet. Schenker übernimmt 50 % der anfallenden Kosten.



In seiner Predigt hob Bischof Scheuer hervor: Die Ausrichtung auf das Gemeinwohl bedeute für Unternehmen, dass sie nicht im Sinne der „shareholder value“ zu betreiben sind. Sondern sie sind „auch den MitarbeiterInnen, den Zulieferern, den Kunden und Konsumenten, der Region, in der ein Unternehmen produziert“ verpflichtet.

Erinnerung an seligen Jakob Gapp

Der Preis erinnert an den 1897 in Wattens geborenen Pater Jakob Gapp. Er gilt als unbedingter Vertreter der Katholischen Soziallehre. 1943 wurde Gapp wegen seines Widerstandes gegen das NS-Regime enthauptet. Sein vorbildliches soziales Wirken hat die Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung Tirol dazu bewogen, ihn zu ihrem 2. Patron zu erwählen.

Betrachtung

Ich weiß, dass meine Haltung beim Schifahren nicht der neusten Schule entspricht. Trotzdem sehe ich gerne Schirennen im Fernsehen.

Immer wieder kann man dabei den Sprecher rufen hören: **„Schade, er konnte den Schwung nicht mitnehmen!“** Was ist passiert? Durch einen Fehler konnte der Läufer seinen Schi nicht weiterlaufen lassen. Er musste seine Schi fast querstellen, damit er nicht stürzt.

Damit hat er sich selbst die Geschwindigkeit weggenommen. Wie schön wäre es gewesen, wenn er diesen Schwung noch für das Flachstück gehabt hätte. Seine Zeit hätte da ganz anders ausgesehen.

Wir möchten auch gerne voll Schwung in jeden Tag hineingehen. Vor allem wünschen wir uns, dass dieser Schwung anhält. Wenn ich mir am Morgen die Zeit genommen habe zu einer freudigen Begegnung mit Gott im Gebet, dann bedeutete das einen Schwung, der mich begleitet hat. Unsere Arbeit schaut dann ganz anders aus.



Ernst Pöschl,
Geistlicher Assistent
der KAB-Burgenland

Aus dem Psalm 16 habe ich an einem Morgen das Gebet gefunden:

„Ich habe den Herrn beständig vor Augen. Er steht mir zur Rechten, ich wanke nicht. Darum freut sich mein Herz und frohlockt meine Seele. Du zeigst mir den Pfad zum Leben. Vor Deinem Angesicht herrscht Freude in Fülle“

Ernst Pöschl

Impressum
Medieninhaberin (Verlegerin):
Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2
Herausgeberin: *Katholische Arbeitnehmer/innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2, 1010 Wien; 01/51552-3350*
Geschäftsführerin: *Maria Etl;*
Chefredakteur: *Christoph Watz;*
Redaktionsteam: *Christa Ellbogen, Marcel Kneuer, Maria Etl, Christoph Watz;*
Grafik und Layout: *Johanna Sofaly;*
Verwaltung/Anzeigen:
Monika Schwarz;
Fotos: *S.1, S.13: Dieter Schütz_pixelio.de, S.2: Günter Havlena_pixelio.de, S.3: JenaFoto24.de_pixelio.de, S.4: S.-Hofschlaeger_pixelio.de, S. 9 Robert Koch, S. 10 Bettina Frenzel, S.11: Ernst-Rose_pixelio.de, S.12: Martin Mair, S.16: Egon Häbich_pixelio.de, S.18: Dreikoenigsaktion_Rupprecht*
Hersteller und Expedit:
Druckerei Wograndl, Mattersburg
Verlagsort: *Mattersburg*
Bankverbindung: *Schelhammer & Schattera, Konto.Nr. 120.659, BLZ. 19190*
kab.office@kaoe.at



Anja J., 23 Jahre, Bürokauffraulehrling

im Cafe-Restaurant „Oben“ am Dach der Wiener Hauptbücherei, wo sie mit dem Laptop für die Berufsschule lernt.

Ich habe diesen Lehrberuf gewählt, weil es mir Spaß macht in einem Büro zu arbeiten. Ich habe vorher 8 Monate in einem Büro gearbeitet, wo ich festgestellt habe, dass das ein Beruf ist, den man auch nebenbei machen kann. Denn ich will später keinen dauernden 40 Stunden Job.

Im Büro mach ich am liebsten Dinge am Computer oder Telefonarbeit. Aber auch die Abwechslung zwischen der Arbeit im Büro und Dingen, die ich außerhalb des Büros erledigen muss. Ich finde es toll, dass ich in einem großen Betrieb (ca. 40 Angestellte) arbeite, weil ich da viele unterschiedliche Menschen erlebe.

Wenig Spaß macht mir die Schule. Ich sehe die Schule auch als Teil meiner Arbeit. Ich lerne nur in wenigen Fächern das, was ich im Büro auch brauchen kann. Programme am PC lernen ist interessant, aber man muss auch viel in der Freizeit machen.

Ich hätte gerne mehr persönlichen Freiraum. Arbeit, Schule und zusätzlich für die Matura lernen ist sehr anstrengend. Wenn ich auch am Wochenende lernen muss, komme ich mir vor wie eine Maschine, die keine Freiheit hat.

Religion spielt an meinem Arbeitsplatz keine Rolle. Aber in der Schule ist sie sehr präsent. Wir diskutieren oft im Fach? Kommunikation und Diversität? darüber. Es gibt leider oft wenig Verständnis anderen Religionen gegenüber. Minderheiten werden oft nicht akzeptiert.

Beruflich würde ich gerne viele Dinge machen. Unterrichten finde ich spannend und ich habe auch schon eine Trainerinnenausbildung für AMS-Kurse gemacht. Aber das ist nicht so toll, weil die Menschen da nicht so gerne in die Kurse kommen. Aber mir würde es auch Spaß machen mit Musik zu arbeiten, zu malen oder Texte zu schreiben. Wenn ich einen Bürojob als Basis hätte könnte ich das vielleicht nebenbei machen.

Foto & Gespräch: Marcel Kneuer

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Sollten sie sich im Anschluss an das Schnupperabo für einen weiteren Bezug von ZeitZeichen entscheiden, wird nur mehr der Restbetrag des Jahresabos (15,- Euro) verrechnet.